

SCHULZ REPORT

Informationen über die parlamentarische Arbeit unseres Bundestagsabgeordneten

Bundshaushalt 2015: Gut für Berlin und die Bildung



So eine Haushaltsberatung ist schon eine ziemlich arbeitsintensive Angelegenheit. Aber die Arbeit hat sich gelohnt: Als Mitglied des Haushaltsausschusses konnte ich gemeinsam mit den Genossinnen und Genossen einiges „rausholen“.

Dabei sind es manchmal Dinge, die in einem solchen 300-Milliarden-Euro-Haushalt ganz klein erscheinen mögen, aber vor Ort von großer Bedeutung sind. So werden wir bei vielen Verbesserungen etwa bei der Städtebauförderung, der Wirtschaftsförderung oder der Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit auch hier vor Ort davon profitieren. Ein anderes Beispiel ist das Technische Hilfswerk. Dem haben wir in den nächsten Jahren über 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, damit die Gebäude und Unterbringungen verbessert werden können. Ich werde natürlich schauen, welchen Investitionsbedarf das THW Spandau hat.

Besonders erwähnen will ich Weichenstellungen für Berlin: Im Bereich der Kultur- und der Wissenschaftspolitik erhält die Hauptstadt zwei neue, weitgehend vom Bund finanzierte Leuchttürme. Zum einen stehen auf Beschluss des Haushaltsausschusses ab 2015 rund 200 Millionen für die Errichtung eines Museums für die Kunst des 20. Jahrhunderts zur Verfügung. Auch wenn das in den Medien gelegentlich anders dargestellt wurde, war es gerade nicht die Bundesregierung,

die das so vorgesehen hat, sondern wir im Haushaltsausschuss haben die Mittel in Änderung des Regierungsentwurfes zur Verfügung gestellt.

Zum anderen haben wir 45 Millionen Euro für das geplante neue Berliner Institut für Gesundheitsforschung (BIG) bewilligt. In beiden Fällen ist nun die Landespolitik gefordert: beim Museum der Moderne ist die Standortfrage rasch zu klären, beim Forschungsinstitut sind die rechtlichen Voraussetzungen für dessen Gründung zu schaffen.

Massiv profitiert Berlin im Bereich der Bildungs- und Forschungspolitik von der gerade beschlossenen Fortsetzung des Hochschulpaktes und des Paktes für Forschung und Innovation. Mit der weiteren Projektförderung des Bundesforschungsministeriums fließen daraus allein im kommenden Jahr knapp 300 Millionen Euro an Freie Universität, Humboldt-Universität und Technische Universität.

Mit dem Haushalt 2015 wird der Bund darüber hinaus das BAföG erstmals in voller Höhe übernehmen. Berlin wird dadurch überproportional entlastet: Über 80 Millionen Euro stehen ab 2015 dauerhaft jedes Jahr zusätzlich für Bildung zur Verfügung. Ich erwarte, dass dieses Geld verabredungsgemäß auch tatsächlich zusätzlich in den Kitas, Schulen und Hochschulen ankommt.

Schließlich haben wir auch für die Jahre 2016, 2017 und 2018 beschlossen, dass insgesamt zehn Milliarden Euro zusätzlich für Investitionen zur Verfügung gestellt werden. Wenigstens ein Stück weit reagieren wir damit auf die enorme Investitionslücke. Wie das Geld im Einzelnen verteilt wird, ist Gegenstand weiterer Beratungen der Koalitionsspitzen und des Haushaltsausschusses. Ich sage mal so: Ortsumgehungen in Bayern sollten davon nicht gebaut werden. Eher denke ich an energetische Sanierungen, die digitale Infrastruktur, die Kommunen und die Hochschulen, Schulen und Kitas - denn ich will auch hier bei uns Bundesmitteln gut einsetzen!



Liebe Genossinnen und Genossen,

manchmal gehen die Dinge unvorhergesehene, verschlungene Wege. Da werde ich neulich auf einen Fernsehbeitrag aufmerksam gemacht: Eine Spandauer Familie sitzt im Gaza-Streifen fest!

Die deutschen Staatsbürger waren auf Familienbesuch, aber Ägypten hat die Grenze geschlossen, weswegen sie nicht mehr ausreisen dürfen. Aber die Arbeit des Vaters und die Schule der Kinder laufen weiter...ich habe mich beim Fernsehsender gemeldet, Kontakt zu der Familie hergestellt, das Auswärtige Amt eingeschaltet, mit Außenminister Steinmeier gesprochen – und nach einigen nervenzehrenden Tagen kam nun endlich die Botschaft: Die Ausreise ist auf diplomatischem Wege erreicht worden.

Bei allen Widrigkeiten und manchmal auch Ärger sind es dann solche positiven Nachrichten, die Mut machen und Motivation geben. Aber es gibt auch in der „großen Politik“ Erfolge, zu denen ich beitragen konnte. Im Haushaltsplan des nächsten Jahres sind einige vorgezogene Weihnachtsgeschenke für Berlin und für die Bildungspolitik enthalten, auf die ich schon auch persönlich stolz bin.

Ich bedanke mich für die viele Unterstützung, die Anregungen, manchmal auch Kritik und wünsche Euch und Euren Lieben ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes, glückliches Jahr 2015!

Mit den besten Grüßen

Swen Schulz, MdB

Besucht mich auch auf meiner Internetseite unter www.swen-schulz.de oder wir treffen uns bei www.facebook.com/swenschulz.

Flüchtlinge: Senator muss sich ehrlich machen!

Seit über zehn Jahren bin ich Bundestagsabgeordneter, aber so etwas habe ich noch nicht erlebt: Ich habe Senator Czaja (CDU) einen Brief geschrieben und meine Meinung dargelegt, dass angesichts der dramatischen Schwierigkeiten bei der Unterbringung von Flüchtlingen die Unterkunft am Waldschluchtpfad nicht wie geplant zum Ende des Jahres geschlossen werden kann und vielmehr gemeinsam mit den Verantwortlichen Stellen sowie mit den Anwohnern darüber gesprochen werden sollte, unter welchen Bedingungen die Unterkunft weiterbetrieben wird.

Aber statt einer Antwort oder wenigstens einer Eingangsbestätigung landete plötzlich mein Schreiben an den Senator, mit Eingangsstempel der Senatsverwaltung, als Kopie in den Briefkästen von Anwohnern!

Na gut, ich habe nichts zu verheimlichen und stehe auch öffentlich zu meiner Position, insofern regt es mich nicht weiter auf. Aber es wirft doch ein Licht darauf, wie der Senator und die Spandauer CDU dieses Thema behandeln: Statt eines ehrlichen, offenen Gesprächs mit Austausch der Argumente wird getrickelt.

Der Hintergrund ist nämlich, dass insbesondere die Spandauer CDU den Anwohnern versprochen hat, dass die Unterkunft geschlossen wird. Bereits einmal wurde die Schließung verschoben. Senator Czaja steht nun natürlich unter massivem Druck der Spandauer CDU.

Doch anstatt offen und ehrlich mit Anwohnern zu sprechen und zu erläutern wie groß die Not geworden ist, soll die Schließung koste es was es wolle durchgezogen werden. Allerdings müsste dann an anderer Stelle eine neue Unterkunft errichtet werden.

In einer Anwohnerversammlung habe ich mir für meine Haltung sehr viel Kritik von Anwohnern angehört. Es gibt aber auch Unterstützung von Bürgern – allerdings eher weniger von den direkten Nachbarn. Ich denke, dass die zum Teil wirklich stark belastet sind. Auf diese berechtigten Belange von Anwohnern muss eingegangen werden, etwa durch bauliche Veränderungen, durch eine bessere Betreuung, vielleicht durch die Änderung der Konzeption der Unterkunft mit weniger Bewohnerwechsel.

Diese Fragen offen zu besprechen – das verweigert Czaja. Doch der Senator muss entscheiden – und vor allem sich ehrlich machen!



Alphabetisierung

Viel mehr Menschen als man so denkt haben Schwierigkeiten mit dem Lesen und dem Schreiben. Dabei wissen wir ja, wie wichtig das ist für das tägliche Leben, beim Einkaufen, bei Behörden, auf der Arbeit, mit den eigenen Kindern. Und wenn man sich nur überlegt, welche Bedeutung das Internet heute hat.

Ich habe die Aufklärung über und die Bekämpfung von Analphabetismus zu einem Schwerpunkt meiner Arbeit im Haushaltsausschuss gemacht. Für das Jahr 2015 haben wir jetzt etwa 20 Millionen Euro zur Förderung von Initiativen zur Verfügung – das Doppelte gegenüber dem Jahr 2013, dem letzten Jahr von Schwarz-Gelb.

Wie das Geld konkret eingesetzt werden sollte, haben wir bei einer großen Veranstaltung auf der Zitadelle diskutiert: Die Bundesregierung lud auf meine Initiative hin verschiedene Projekte und auch Betroffene ein. Das war sehr lehrreich – ich habe das auch in meiner Haushaltsrede im Bundestag noch einmal betont. Einen konkreten Erfolg für Spandau konnte ich bereits erzielen: Das Projekt ABCami wird verlängert.

„Grenzenlos“

Die Evangelische Kirchengemeinde zu Staaken hat anlässlich des 25. Jahrestages des Mauerfalls eine ganze Veranstaltungsreihe durchgeführt. Die Anfrage an mich, die Schirmherrschaft zu übernehmen, war natürlich eine große Ehre und Freude.

Höhepunkt war der Festgottesdienst am 9. November, der in der Dorfkirche – also in West-Staaken und mithin auf früherem DDR-Gebiet – begann und nach einem gemeinsamen Gang der Gemeinde in der Zuversichtskirche am Brunsbütteler Damm seinen Abschluss fand – also im ehemaligen Westteil Staakens.

Bei einem kurzen Grußwort hatte ich die Gelegenheit daran zu erinnern, wie viele Menschen ihren Teil zum Fall der Mauer beigetragen haben, und dass es ohne die Kirchen wohl nicht zu dieser friedlichen Revolution gekommen wäre. Aber ich habe auch an Werner Salomon erinnert, der sich nie damit abgefunden hat, dass „sein“ Spandau geteilt war – und auch zu Mauerzeiten eine eigene Spandauer „Außenpolitik“ ganz im Sinne Willy Brandts gestaltete.

Neue Liegenschaftspolitik

Liegenschaftspolitik – ein Thema, das sich zunächst nicht besonders spannend anhört. Doch es geht um große öffentliche Vermögen und vor allem um die Kernfrage, ob wir die Stadt für die Bürger gestalten oder privaten Investoren überlassen.

So besitzt der Bund in Berlin eine ganze Reihe von Grundstücken und Miethäusern. Und die verkauft er nach und nach. Da der Bund aber zum Höchstpreis verkauft, können städtische Wohnungsbaugesellschaften nicht mithalten und es bekommen entsprechende Investoren den Zuschlag. Alle Bemühungen um bezahlbare Mieten, um Stabilisierung der Kieze und um eine soziale Stadt werden so konterkariert. Und, wenn ich das auch sagen darf, diese Denke kann man ja nicht

nur Akteuren auf der Bundesebene vorwerfen. In Berlin ist sie noch gut bekannt.

Ich habe das Thema im Haushaltsausschuss aufgegriffen. Gemeinsam mit den anderen Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten haben wir einen Beschluss der Fraktion erreicht, mit dem wir eine Kehrtwende der Liegenschaftspolitik fordern. Jetzt muss noch die CDU/CSU überzeugt werden – was nicht leicht ist. Aber ein erstes gutes Signal gibt es: Der Bund verhandelt jetzt mit Berlin über den Komplettverkauf der Grundstücke und Häuser an das Land bzw. an städtische Wohnungsbaugesellschaften. Wenn das klappt, haben wir in der Fraktion richtig was erreicht!



Sterbehilfe – eine besondere Entscheidung



Manchmal ergibt sich im Deutschen Bundestag eine ganz besondere Situation: Da werden nicht Anträge und Gesetzesentwürfe der Bundesregierung oder von Fraktionen diskutiert, sondern sogenannte „Gruppenanträge“: Da finden sich Abgeordnete aller Fraktionen, von CSU bis Linke, und beziehen gemeinsam Position. Es gibt dann keine Fraktionslinien, weil die jeweilige Frage auch nicht in den Parteiprogrammen ausdiskutiert ist.

In der Vergangenheit war das etwa so bei der Frage der Zulassung von Patientenverfügungen oder Präimplantationsdiagnostik. Jetzt haben wir im Deutschen Bundestag die Frage nach der Sterbehilfe auf der Tagesordnung. Das ist eine rechtlich, vor allem aber ethisch sehr schwierige Frage. Ich habe darum neulich zu einer außerordentlich interessanten Diskussionsrunde nach Spandau

ins Kulturzentrum „Gemischtes“ eingeladen. Mit dabei: eine Vertreterin des Humanistischen Verbandes, ein Palliativ-Mediziner, ein Vertreter der Evangelischen Kirche und Franz Müntefering, der sich sehr vernehmbar in die öffentliche Debatte eingeschaltet hat. Und vor allem ein wirklich hochinteressiertes Publikum, das engagiert mitdiskutierte.

Ich kann in diesem Rahmen die ganzen Fragen natürlich nicht darlegen. Ich will nur zu meiner Haltung folgendes sagen: Ich bin noch nicht endgültig entschieden, welcher Initiative im Bundestag ich zustimme – da gibt es einige Facetten, die ich noch überdenken will. Mir ist aber klar, dass es Situationen gibt, in denen ein Mensch auch aus dem Leben scheiden können muss. Und wenn er das nicht alleine machen kann, dann muss er Hilfe bekommen können, ohne dass diese Hilfe illegal oder im Falle von Ärzten, berufliche Konsequenzen hätte. Aber wie man das genau macht, ohne die Tür für den Missbrauch zu öffnen, das muss noch näher diskutiert werden.

In jedem Fall, und das ist vielleicht fast das Wichtigste in der Debatte, muss die Betreuung sterbenskranker Menschen deutlich verbessert werden. Das war auch ein starkes Fazit unserer Diskussion in Spandau.

Termine



SPD

Mittwoch, den 14.01.2015, 19.30 Uhr, „Stadtentwicklung“,

Fraktion vor Ort u. a. mit Swen Schulz, Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Helmut Kleebank, Bezirksbürgermeister von Spandau. Kulturzentrum „Gemischtes“, Sandstr. 41, 13593 Berlin. Anmeldung und Infos unter Tel.: 227 70 187.

Dienstag, den 27.01.2015, 19.00 Uhr, „Die Mietpreisbremse“,

Fraktion vor Ort mit Swen Schulz und Dr. Johannes Fechner, Sprecher der AG Recht der SPD-Bundestagsfraktion. Rathaus Charlottenburg, Bürgersaal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin. Anmeldung unter Tel.: 227 70 187.

Montag, den 23.02.2015, 10.00 Uhr, „Erwerbslosenfrühstück“,

Fraktion vor Ort mit Swen Schulz, Katja Mast, Sprecherin der AG Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion, und Burgunde Grosse, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Anmeldung unter Tel.: 227 70 187.

Dienstag, den 24.02.2015, 19.30 Uhr, „Sterbehilfe“,

Fraktion vor Ort mit Swen Schulz und Dr. Eva Högl, stv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion für den Bereich Recht. Ort: N.N. Anmeldung unter Tel.: 227 70 187.

Weitere Termine u. a. für Bürgersprechstunden und Kümmertouren können Sie erfragen unter Tel.: 36 75 70 90.